

## Letztes Mittel der Geldpolitik? Kritik am „Helikopter-Geld“

21.03.2016 Von THOMAS BAUMGARTNER

**Unter Finanzexperten ist eine Debatte um „Helikopter-Geld“ entbrannt. Die Idee: Um die Wirtschaft anzukurbeln, verschenken die Zentralbanken Geld direkt an die Bürger. In Deutschland stößt das Konzept auf harte Kritik.**



Foto: ALEX WONG (GETTY IMAGES)

NORTH AMERICA) Der frühere Fed-Chef Ben Bernanke machte das „Helikopter-Geld“ populär.

Die Idee stammt immerhin von einem Wirtschaftsnobelpreis-Träger: Der US-Ökonom Milton Friedman hatte 1969 in seinem berühmten Traktat „Die optimale Geldmenge“ die Parabel ersonnen, 1000-Dollar-Scheine (die im echten Leben höchst selten sind) aus dem Hubschrauber abzuwerfen, um die Inflation nach oben zu treiben.

Vom Theorie-Witz ins echte Leben beförderte das Konzept der frühere Chef der US-Notenbank Fed, Ben Bernanke. Sein „Helikopter“ war allerdings das Finanzamt, das die Bürger mit Steuererstattungen per Scheck beglückte; die Lücke im Staatshaushalt stopfte die Fed, indem sie Staatsanleihen aufkaufte.

„Helikoptergeld“ gilt seither als mögliches letztes Mittel einer ultralockeren Geldpolitik, die das „Quantitative Easing“ noch weiter ausdehnt. Der Kerngedanke: Geld über den Ankauf von Wertpapieren in den Markt zu pumpen, bringt nichts, wenn angeschlagene Banken das Geld nicht als Kredite weitergeben (können). Beschenkt die Zentralbankgeld dagegen die Bürger direkt, wird die Engstelle Bankensystem umgangen.

Stellen Sie sich vor, Sie wachen morgens auf und haben 5000 Euro mehr auf dem Konto. Einfach so. Kein Lottogewinn, keine Gehaltserhöhung waren dafür nötig.

Befürworter des Konzepts sehen den Vorteil, dass das Geld über Konsumausgaben direkt in den Wirtschaftskreislauf gelangen würde.

Das Konzept erinnert damit paradoxerweise eher an Friedmans großen britischen Gegenspieler John Maynard Keynes, der – vereinfacht ausgedrückt – durch kreditfinanzierten Staatskonsum die schleppende Nachfrage ankurbeln und damit eine Rezession überwinden wollte.

Nun gibt die aktuelle Konjunkturlage, insbesondere in Deutschland, wenig Anlass zu solchen Radikalmaßnahmen.

Der Verdacht liegt nahe, dass die EZB eher die überschuldeten Staaten und Verbraucher Südeuropas entlasten will – und zwar auf Kosten der Sparer vor allem in Deutschland.

Zur Verdeutlichung eine Übertreibung: Mal angenommen, die EZB überwies jedem Europäer 100 Millionen Euro, was die Preise rasant in die Höhe schießen ließe, wenn jeder dieses Geld ausgeben wollte: Ob sich jemand dann zuvor mühsam 100 000 Euro vom Mund abgespart oder aber fleißig Schulden gemacht hätte, wäre plötzlich fast völlig irrelevant für den Kontostand. Im Gegenteil, wer Immobilien auf Pump gekauft hatte, wird belohnt.

## „Kein Allheilmittel“

Bundesbankpräsident Jens Weidmann lehnt daher Geldgeschenke zum Ankurbeln der Konjunktur strikt ab. „Statt immer waghalsigere geldpolitische Experimente ins Spiel zu bringen, wäre es sinnvoll, einmal innezuhalten“, sagte Weidmann: „Geldpolitik ist kein Allheilmittel, ersetzt nicht notwendige Reformen in einzelnen Ländern und löst auch nicht die Wachstumsprobleme Europas.“ Weidmann unterstrich, Geldgeschenke an die Bürger seien „eine hochpolitische Entscheidung“, die Regierungen und Parlamente fällen müssten. „Die Notenbanken haben dazu kein Mandat, auch weil damit eine massive Umverteilung verbunden wäre“, sagte Weidmann.

Als der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, jüngst auf „Helikopter-Geld“ angesprochen wurde, lautete seine Antwort, man habe im Zentralbankrat bisher nicht darüber nachgedacht oder gesprochen. Er sprach aber von einem „sehr interessanten Konzept“, das derzeit unter akademischen Ökonomen diskutiert werde und auch „viele verschiedene Dinge“ bedeuten könne. Zum Beispiel wirbt der frühere Chef der britischen Finanzaufsicht FSA, Adair Turner, für das Konzept. Doch ist Draghis Aussage, es werde „unter Ökonomen“ diskutiert, nicht ganz vollständig: Vor allem extreme bis extremistische Politiker in ganz Europa liebäugeln mit der Hochtouren-Notenpresse, darunter Marine LePen vom französischen Front National oder der weit links stehende Vorsitzende der britischen Labour-Partei, Jeremy Corbyn.

EZB-Chefvolkswirt Peter Praet hat sich ebenfalls zumindest nicht ablehnend geäußert. Theoretisch könnten alle Notenbanken dieses „extreme Instrument“ einsetzen, sagte Praet. Es stelle sich nur die Frage, ob und wann der Einsatz tatsächlich Sinn mache.

Der Chefvolkswirt der Berenberg Bank, Holger Schmieding, äußerte sich dagegen ablehnend: „Das „Helikopter-Geld“ ist Quatsch.“ Wirtschaftlich sei es nicht nötig und politisch würde man damit einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen. „Es würde die Illusion nähren, die Notenbank könne für die Bürger einfach immer mehr Geld drucken und damit die Probleme lösen“, sagte Schmieding. „Mit Helikoptergeld ruinieren wir auch noch den Rest dessen, was von unserem Geldsystem übrig ist“, meinte der frühere Deutsche-Bank-Chefvolkswirt Thomas Mayer. Der einstige EZB-Chefvolkswirt Otmar Issing warnte: „Kann man sich ernsthaft vorstellen, eine Notenbank könne Geld verschenken und in der Zukunft noch Herr der Geldschöpfung bleiben? Wenn dieser Sündenfall erst einmal eingetreten ist, gibt es kein Halten mehr.“

## Ablehnende Haltung

Weidmann bekräftigte seine kritische Haltung zum geldpolitischen Kurs der EZB. Die jüngsten Beschlüsse seien „sehr weitgehend“ und hätten ihn nicht überzeugt. „Wir erwarten weiterhin ein Anziehen der Konjunktur und der Preise. Es droht keine Deflation.“ Mit Deflation ist eine Abwärtsspirale aus schrumpfenden Preisen und wirtschaftlicher Talfahrt gemeint. „Ich habe aber immer wieder darauf hingewiesen, dass die Wirkung der ultralockeren Geldpolitik schwächer wird, je länger sie andauert“, sagte Weidmann. „Je stärker man Gas gibt, desto größer werden Risiken und Nebenwirkungen.“

Im Februar waren die Preise in der Eurozone um 0,2 Prozent gesunken. Weil die Teuerung damit deutlich unter der EZB-Zielmarke von knapp zwei Prozent liegt, hatten die Währungshüter in Frankfurt vor gut einer Woche ein beispielloses Maßnahmenpaket beschlossen: Sie senkten überraschend den Leitzins auf 0,00 Prozent und erhöhten den Strafzins, der fällig wird, wenn Finanzinstitute Geld bei der EZB parken. Schließlich pumpt die EZB noch mehr Geld in den Wirtschaftskreislauf, indem die monatlichen Anleihekäufe von 60 auf 80 Milliarden Euro aufgestockt werden.